



Bundesagentur für Arbeit
Statistik

Qualitätsbericht:

Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Version 4.0
Stand: 21.12.2009

Herausgeber:

Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Ansprechpartner:

Robert Bergdolt, Tel. 0911/179-2428
Sylvie Breuer, Tel. 0911/179-1478
Dr. Bernd Hofmann, Tel. 0911/179-1175

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 2009.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

Zitierhinweis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Qualitätsbericht: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Version 4.0 vom 21.12.2009. Nürnberg.

Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Inhalt

| | | |
|-------|--|----|
| | Kurzfassung | 2 |
| 1 | Allgemeine Angaben zur Statistik | 5 |
| 1.1 | Erhebungstermin, Bezugszeitpunkt und Bezugszeitraum | 5 |
| 1.2 | Periodizität | 5 |
| 1.3 | Regionale Zuordnung | 5 |
| 1.4 | Erhebungsgesamtheit | 6 |
| 1.5 | Erhebungseinheiten | 6 |
| 1.6 | Auskunftspflichtige | 6 |
| 1.7 | Rechtsgrundlagen | 9 |
| 1.8 | Geheimhaltung und Datenschutz | 9 |
| 2 | Zweck, Inhalt und Ziele der Statistik | 10 |
| 2.1 | Zweck der Statistik | 10 |
| 2.2 | Erhebungsinhalte | 11 |
| 2.2.1 | Erhebungseinheiten | 11 |
| 2.2.2 | Messgrößen und Kennzahlen | 12 |
| 2.2.3 | Merkmale und Gliederungsdimensionen für Personen | 13 |
| 2.2.4 | Merkmale und Gliederungsdimensionen für Bedarfsgemeinschaften | 17 |
| 2.3 | Hauptnutzer der Statistik | 18 |
| 3 | Erhebungsmethode | 18 |
| 3.1 | Art der Datengewinnung | 18 |
| 3.2 | Erhebungsinstrumente und Berichtsweg | 18 |
| 3.3 | Dokumentation des Fragebogens | 21 |
| 4 | Genauigkeit | 21 |
| 4.1 | Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit | 21 |
| 4.1.1 | Vollständigkeit der Erfassung im Hinblick auf die administrative Fallbearbeitung | 21 |
| 4.1.2 | Vollständigkeit der Erfassung im Hinblick auf Datenlieferungen | 22 |
| 4.1.3 | Einschränkungen auf der Ebene wichtiger Merkmale | 23 |
| 4.2 | Revisionen | 24 |
| 4.2.1 | Revisionsbedarf zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen | 24 |
| 4.2.2 | Revisionsbedarf aufgrund konzeptioneller Anpassungen | 24 |
| 5 | Aktualität und Pünktlichkeit | 25 |
| 6 | Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit | 25 |
| 7 | Bezüge zu anderen Erhebungen | 26 |
| 7.1 | Bezüge zu anderen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit | 26 |
| 7.2 | Bezüge zu Statistiken der Statistischen Ämter | 26 |
| 8 | Weitere Informationsquellen | 27 |

Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Kurzfassung

Allgemeine Angaben zur Statistik

- **Erhebungstermin, Bezugszeitpunkt und Bezugszeitraum:** Zähltag in der Monatsmitte, *Zu- und Abgänge* zwischen zwei Zähltagen (Berichtsmonat)
- **Periodizität:** im Allgemeinen *monatliche Berichterstattung*, spezielle Berichte quartalsweise oder jährlich
- **Regionale Zuordnung:** nach Wohnort
Politische Gebietsstruktur (Deutschland, West/Ost, Bundesland, Regierungsbezirk, Landkreis/Kreisfreie Stadt), *SGB-II-Gebietsstruktur* (Deutschland, West/Ost, Bundesland, Trägergebiet) oder *Gebietsstruktur der Bundesagentur für Arbeit (BA)* (Deutschland, West/Ost, Regionaldirektion, Arbeitsagentur, Geschäftsstelle)
- **Erhebungsgesamtheit/ Erhebungseinheiten:** alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Leistungsansprüche gemäß SGB II haben und alle mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen
Bedarfsgemeinschaften in denen diese Personen zusammenleben
- **Rechtsgrundlagen:** SGB II SGB III
- **Geheimhaltung/Datenschutz:** Sozialdatenschutz gemäß SGB I und SGB X, Geheimhaltung gemäß Bundesstatistikgesetz (BStatG)

Zweck und Ziele der Statistik

- **Zweck:** Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für das politisch-administrative System auf allen Ebenen, Beitrag zur Beobachtung der Entwicklung des sozialen Sicherungssystems sowie der sozialen Lage der Bevölkerung in Abhängigkeit von den Erwerbschancen am Arbeitsmarkt (bundesweit und regional), Nachfolgestatistik der früheren Statistik der Arbeitslosenhilfeempfänger (ALHI) und der früheren Statistik der Sozialhilfeempfänger
- **Erhebungsinhalte – Messgrößen und Kennzahlen:**
 - **Bestände und Bewegungen** (Zu- und Abgänge) von Personen und Bedarfsgemeinschaften
 - **SGB-II-Hilfequoten:** Anteile der SGB-II-Leistungsempfänger an bestimmten Teilgruppen der Gesamtbevölkerung
 - **Verweildauern** von Personen und Bedarfsgemeinschaften im SGB-II-Leistungsbezug
 - **Monetäre Größen:** Leistungen, Bedarfe, Einkommen, Sanktionen
- **Erhebungsinhalte – Merkmale und Gliederungsdimensionen:**
 - **Personen:** Gliederung z. B. nach allgemeinen sozio-demographischen Merkmalen oder nach berufsbezogenen Merkmalen,
 - **Bedarfsgemeinschaften:** Gliederung z. B. nach Merkmalen der Bedarfsgemeinschaft oder nach Merkmalen von Personen

- **Hauptnutzer:** Träger der Grundsicherung, Bundesagentur für Arbeit (Zentrale, Regionaldirektionen, Arbeitsagenturen), Bundes- und Landesministerien, Kommunen und andere Verwaltungen, Politik, Verbände, Forschungsinstitute, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien sowie die statistischen Ämter und Stellen des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Erhebungsmethode

- **Art der Datengewinnung:** anfallende administrative Geschäftsdaten der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Vollerhebung)
- **Erhebungsinstrumente und Berichtsweg:** Geschäftsverfahren der SGB-II-Träger

Genauigkeit

- **Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit:** Die Datengewinnung aus Geschäftsdaten stellt eine hohe Genauigkeit sicher. Aufgrund von Verarbeitungsfehlern und Ausfällen bei der Datenlieferung kann es zu einer unvollständigen Datenlage kommen, die jedoch durch Schätzwerte ausgeglichen wird.
- **Vollständigkeit nach Wartezeit:** In der Regel ist die Vollständigkeit der Daten nach dreimonatiger Wartezeit erreicht (z. B. nachträgliche Bewilligungen oder Rücknahmen von Bewilligungen sowie fehlerhafte Datenlieferungen)
- **Revisionsbedarf zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen:** geringer Revisionsbedarf zwischen vorläufigen und endgültigen Werten nach dreimonatiger Wartezeit
- **Revisionen aufgrund konzeptioneller Anpassungen:** Modifikationen und Präzisierungen von Auszählungskriterien und/oder Berechnungen können – auch rückwirkend – zu Veränderungen der berichteten statistischen Ergebnisse führen.

Aktualität und Pünktlichkeit

- Veröffentlichung zentraler vorläufiger Ergebnisse zum Termin der Pressekonferenz der Bundesagentur für Arbeit am Monatsende
- Veröffentlichung des gesamten Veröffentlichungsspektrums mit endgültigen Ergebnissen (d. h. nach dreimonatiger Wartezeit) in der Monatsmitte des vierten Folgemonats

Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

Seit Januar 2007 sind alle Ergebnisse grundsätzlich zeitlich und räumlich vergleichbar; dabei sind nur Ergebnisse mit gleicher Wartezeit zu betrachten und zudem eventuelle leistungsrechtliche Änderungen und Besonderheiten zu berücksichtigen

Bezüge zu anderen Statistiken

- **BA-Statistiken:**
 - Fälle aus der früheren Arbeitslosenhilfe-Statistik sind enthalten, können aber nicht als Teilmenge identifiziert werden.
 - Einbeziehung von Informationen aus anderen laufenden BA-Statistiken in die



Datenaufbereitung zur Durchführung von Schnittmengenanalysen

- **Statistiken der statistischen Ämter**

- Fälle aus der früheren Sozialhilfe- und Wohngeld-Statistik sind enthalten, können aber nicht als Teilmenge identifiziert werden. In der Einführungsphase des SGB II diente die Sozialhilfestatistik als Grundlage zur Ermittlung von Schätzwerten bei unvollständiger Datenlage.
- Zusammen mit der SGB-XII-Statistik des Statistischen Bundesamtes umfassende statistische Darstellung der Grundsicherungssysteme

Weitere Informationsquellen

Siehe detaillierte Liste am Ende dieses Berichts

Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Erhebungstermin, Bezugszeitpunkt und Bezugszeitraum

Der Erhebungstermin für die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II – im Folgenden kurz: Grundsicherungsstatistik – ist der sog. statistische Zähltag in der Mitte jedes Monats. Eine genaue Auflistung der Zähltag findet sich im Internet unter:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_164884/zentraler-Content/HEGA-Internet/A01-Allgemein-Info/Dokument/HEGA-04-2008-VV-Statistische-Berichterstattung.html

Die statistischen Daten zu den Anzahlen (Beständen) der Bedarfsgemeinschaften einerseits und ihrer Mitglieder andererseits innerhalb des Rechtskreises SGB II werden monatlich zeitpunktbezogen aus Verwaltungsdaten ermittelt. Der Bezugszeitpunkt fällt mit dem Zähltag zusammen. Informationen über Zugang oder Abgang (Bewegungen) entstehen aus der Betrachtung des Zeitraums zwischen zwei Zähltagen, dem sog. Berichtsmonat. Der Berichtsmonat beginnt am Tag nach einem statistischen Zähltag und endet mit dem nächsten statistischen Zähltag. Der Berichtsmonat ist nach dem Monat benannt, in dem der Zeitraum endet bzw. der statistische Zähltag liegt. Beispielsweise wird der Berichtsmonat vom 14.08.2009 bis einschließlich 14.09.2009 als „Berichtsmonat September 2009“ bezeichnet.

Relevant für die Datenübernahme in die statistische Auswertungs-Datenbasis ist nicht die *am* Zähltag vorhandene, sondern die *für den* Zähltag gültige Information. Um eventuelle spätere administrative Bearbeitungsschritte zu erfassen, werden die Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten nochmals erhoben und dann als endgültige Werte veröffentlicht. Aus diesem Grund erscheinen einige Veröffentlichungen der Grundsicherungsstatistik mit vorläufigen Daten, d. h. ohne Wartezeit, und mit endgültigen Daten, d. h. mit dreimonatiger Wartezeit. Vergleiche sollten immer nur für die gleiche Wartezeit angestellt werden.

1.2 Periodizität

Die Statistik wird monatlich ausgewertet und berichtet. Zu bestimmten Themen werden auch Quartals- und Jahresauswertungen veröffentlicht.

1.3 Regionale Zuordnung

Erfasst werden Bedarfsgemeinschaften und die in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben. Es gilt dabei das Wohnortprinzip, d. h., die Zuordnung findet nach deren Wohnort statt und nicht nach dem Ort des zuständigen Trägers der Grundsicherung.

Die Aufbereitung der Wohnortangaben erfolgt nach drei regionalen Gliederungssystematiken, die in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit üblich sind:

- Politisch-administrative Gliederung: Deutschland insgesamt, Ost- und West-



deutschland, Bundesländer, Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreie Städte, Gemeinden

- Administrative Gliederung der Bundesagentur für Arbeit (BA): BA insgesamt, Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit, Geschäftsstellen
- Administrative Gliederung im Rahmen des SGB II: Trägergebiete der Grundsicherung (Arbeitsgemeinschaften von Agentur für Arbeit und Kommune, Träger mit getrennter Aufgabenwahrnehmung durch Agentur für Arbeit und Kommune, zugelassene kommunale Träger).

Es kann nach allen Gliederungssystematiken parallel ausgewertet werden, so dass auch Schnittmengen zwischen den unterschiedlichen Gliederungen darstellbar sind. Beispielsweise können die Bedarfsgemeinschaften ausgezählt werden, die nach einer Gebietsreform in einem bestimmten Landkreis der politischen Gliederung leben und zugleich im Zuständigkeitsbereich eines bestimmten Trägers der Grundsicherung.

1.4 Erhebungsgesamtheit

Die Erhebungsgesamtheit umfasst alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Leistungsansprüche gemäß SGB II haben und alle mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen. Dies schließt auch Personen im nicht erwerbsfähigen Alter mit ein, insbesondere Kinder und Jugendliche.

Zusätzlich werden aus Gründen der sozialberichterstattenden Vollständigkeit Informationen über unverheiratete Kinder unter 25 Jahren von Mitgliedern einer Bedarfsgemeinschaft auch dann erhoben, wenn sie ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen oder Vermögen aufbringen können, also leistungrechtlich nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, aber mit dieser zusammen in einem gemeinsamen Haushalt leben.

1.5 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind einerseits die Bedarfsgemeinschaften, andererseits die in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen. Ausführliche Erläuterungen zu diesen beiden Arten von Merkmalsträgern finden sich in Abschnitt 2.2.1.

In der Regel gibt eine Person der Bedarfsgemeinschaft, der sogenannte bevollmächtigte erwerbsfähige Hilfebedürftige, gegenüber dem betreuenden Träger der Grundsicherung Auskunft über alle Personen der Bedarfsgemeinschaft (§ 38 SGB II). Über bestimmte Sachverhalte wie zum Beispiel Einkommensverhältnisse gibt jeweils die betroffene Person selbst Auskunft.

1.6 Auskunftspflichtige

Alle bei der Statistik verwendeten Daten beruhen auf den in den Geschäftsverfahren der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende für die Zwecke der Leistungsgewährung und der Förderung der Eingliederung erhobenen Daten. Es werden also lediglich Angaben und Feststellungen, die für die Durchführung der Aufgaben im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erforderlich sind, verarbeitet. Eine ge-



sonderte Erhebung von dazu nicht erforderlichen statistischen Merkmalen findet nicht statt.

In diesem Sinne sind die antragstellenden Personen auskunftspflichtig gegenüber den SGB-II-Trägern und diese wiederum auskunftspflichtig gegenüber der Statistik der BA.

1.7 Rechtsgrundlagen

Gemäß §§ 280, 281 und 283 SGB III hat die Bundesagentur für Arbeit Lage und Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes im Allgemeinen und nach Berufen, Wirtschaftszweigen und Regionen gegliedert, sowie die Wirkungen der aktiven Arbeitsförderung zu beobachten, zu untersuchen und auszuwerten. Die Bundesagentur hat aus den in ihrem Geschäftsbereich anfallenden Daten Statistiken zu erstellen. Das betrifft insbesondere Statistiken über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer und über die Leistungen der Arbeitsförderung.

§ 53 SGB II formuliert den entsprechenden Auftrag zu Statistik und Berichterstattung über Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder nach dem SGB II sowie über Leistungen, die für sie erbracht werden. Ergänzt wird dies durch §§ 51a und 51b SGB II. Darin ist festgelegt, dass die zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende laufend die sich bei der Durchführung der Grundsicherung ergebenden Daten erheben und an die Bundesagentur für Arbeit übermitteln. Die Regelung legt fest, dass diese Daten für die Erstellung der Statistiken entsprechend verarbeitet und genutzt werden dürfen.

Die in den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit dargestellten Personengruppen bzw. Sachverhalte und die den ausgewiesenen Größen zu Grunde liegenden Definitionen und Abgrenzungen sind im Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB III und SGB IV) festgelegt.

Nach § 53 Abs. 2 SGB II (analog zu § 283 Abs. 2 SGB III) hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Weisungsrecht in Bezug auf Art und Umfang sowie Tatbestände und Merkmale der Statistiken und der Berichterstattung.

Die folgende Tabelle fasst wichtige rechtliche Grundlagen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende überblicksartig zusammen.

| Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende | |
|---|---|
| § 6 SGB II | Arbeitsgemeinschaften, Träger mit getrennter Aufgabenwahrnehmung, zugelassene kommunale Träger |
| Anspruchsvoraussetzungen | |
| § 7 Abs. 1 SGB II | Berechtigte: Erwerbsfähige Hilfebedürftige |
| § 7 Abs. 2 SGB II | Berechtigte: Personen, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben |
| § 7 Abs. 3 SGB II | Berechtigte: Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft |



| | |
|--|---|
| | meinschaft |
| § 7 Abs. 3a SGB II | Besonderheit der Bedarfsgemeinschaft: Vermutung des wechselseitigen Willens, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen |
| § 8 SGB II | Definition: Erwerbsfähigkeit |
| § 9 SGB II | Definition: Hilfebedürftigkeit |
| § 10 SGB II | Definition: Zumutbarkeit |
| § 11 SGB II | Definition: Zu berücksichtigendes Einkommen |
| § 12 SGB II | Definition: Zu berücksichtigendes Vermögen |
| Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes | |
| § 19 SGB II | Arbeitslosengeld II (Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sowie angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung) |
| § 20 SGB II | Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes |
| § 21 SGB II | Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt (im Falle einer Schwangerschaft, für Alleinerziehende, bei Behinderung sowie bei einer medizinisch notwendigen speziellen Ernährung) |
| § 22 SGB II | Leistungen für Unterkunft und Heizung (Beteiligung der kommunalen Träger, Umzugskosten, Wohnungsbeschaffungskosten, Übernahme von Mietschulden) |
| § 23 Abs. 1 SGB II | Abweichende Erbringung von Leistungen (Sach- oder Geldleistungen in Einzelfällen) |
| § 23 Abs. 3 SGB II | Abweichende Erbringung von Leistungen (Erstausrüstung Wohnung, Erstausrüstung bei Schwangerschaft und Geburt, Kostenübernahme für mehrtägige Klassenfahrten nach schulrechtlichen Bestimmungen) |
| § 24 SGB II | Befristeter Zuschlag nach dem Bezug von Arbeitslosengeld |
| § 24a SGB II | Zusätzliche Leistung für die Schule |
| § 26 SGB II | Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen |
| § 28 SGB II | Sozialgeld (einschließlich eines ergänzenden Mehrbedarfs für behinderte Personen mit Merkzeichen G) |
| Rechtsgrundlagen zur Erstellung von Statistiken | |
| § 51 a SGB II | Einheitliche Kundennummer als Identifikationsmerkmal |
| § 51 b SGB II | Datenerhebung und -übermittlung durch |

| | |
|----------------------|--|
| | die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| § 53 SGB II | Statistikauftrag der Bundesagentur für Arbeit; Statistik und Übermittlung statistischer Daten |
| § 280 SGB III | Bundesagentur für Arbeit hat Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu beobachten, zu untersuchen und auszuwerten |
| § 281 SGB III | Erstellung von Arbeitsmarktstatistiken durch die Bundesagentur für Arbeit |
| § 283 SGB III | Arbeitsmarktberichterstattung durch die Bundesagentur für Arbeit |
| § 283 Abs. 2 SGB III | Diesbezügliches Weisungsrecht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales |

1.8 Geheimhaltung und Datenschutz

Daten zu Personen, die im Rechtskreis SGB II erfasst werden, sind Sozialdaten nach § 35 SGB I. Auch im Rahmen einer statistischen Aufbereitung bleibt diese Eigenschaft bestehen. Die Verarbeitung und Weitergabe unterliegt damit den Bestimmungen des SGB X (§§ 67 ff SGB X), insbesondere der Verpflichtung zur Wahrung des Sozialgeheimnisses.

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende unterliegt den Geheimhaltungsvorschriften des § 16 BStatG (Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke). Zur Veröffentlichung vorgesehene Datenaufbereitungen und Tabellen, die Zellen mit Werten unter drei enthalten, werden anonymisiert.

2.1 Zweck der Statistik

Nach § 53 SGB II in Verbindung mit §§ 280 ff. SGB III besteht die Aufgabe der Statistik darin, aus den Geschäftsdaten der Träger der Grundsicherung eine bundesweit einheitliche Statistik mit laufender Berichterstattung zu den Leistungen des SGB II zu erstellen, die in wichtigen Fragen konsistent ist zu der statistischen Berichterstattung im SGB III und die Verbindungen und Bewegungen zwischen den beiden Rechtskreisen aufzeigt.

Die Ergebnisse der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II sind eine wichtige Grundlage für die Beobachtung der Entwicklung des sozialen Sicherungssystems in Deutschland insgesamt und in den Regionen sowie der sozialen Lage der Bevölkerung in Abhängigkeit von den Erwerbschancen am Arbeitsmarkt. Sie dokumentieren zeitnah und regional vergleichbar die Struktur und Veränderung in den Gruppen von Hilfebedürftigen.

Die Statistik kann als Nachfolgestatistik der früheren Statistik der Arbeitslosenhilfempfänger (ALHI) und der früheren Statistik der Sozialhilfeempfänger für den Kreis der erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfänger und ihrer Angehörigen angesehen werden. Dabei ist allerdings keine Aufteilung auf die beiden Vorgängerstatistiken möglich, vgl. die Abschnitte 7.1 und 7.2.

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende liefert Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für das politisch-administrative System auf allen Ebenen, u. a.:

- Aufbau eines statistischen Berichtssystems aus den Ergebnissen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende für alle Regionen zur zeitnahen und umfassenden Versorgung der politischen und administrativen Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene mit Informationen für die kommunale Sozialplanung einschließlich Kinder- und Jugendhilfe sowie Wohnungspolitik.
- Bereitstellung von Daten für die Armuts- und Sozialberichterstattung des Bundes, die bisher aus dem Bereich der Sozialhilfestatistik gewonnen wurden.
- Sicherstellung einer zeitnahen und ausreichenden Information der Träger der Grundsicherung, der Zentrale und der Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit zur Planung, Organisation und Beurteilung ihrer fachlichen Aufgaben nach dem SGB II.
- Unterstützung der Fachaufsicht des Bundes und der Länder nach § 47 SGB II sowie der Zielvereinbarungen nach § 48 SGB II.
- Bereitstellung von Daten für die Verteilung der Mittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten nach § 46 Abs. 2 SGB II.
- Entwicklung und Erstellung aller notwendigen Indikatoren und Tabellen für die regionalen Eingliederungsbilanzen nach § 54 SGB II.
- Lieferung von Daten an die Statistischen Ämter von Bund, Ländern und Kommunen zur Gewährleistung ihrer Informations- und Analyseaufgaben gemäß § 53 Abs. 4 - 6 SGB II.

- Deckung des kurzfristigen Informationsbedarfs des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß § 53 Abs. 3 SGB II.

2.2 Erhebungsinhalte

Erhoben werden Informationen zu Personen und Bedarfsgemeinschaften, die im Rahmen des SGB II Leistungen erhalten. Darüber hinaus werden Daten zu Personen verarbeitet, die keinen Leistungsbezug im SGB II haben, aber aufgrund rechtlicher Vorgaben zu sozialstatistischen Zwecken erfasst werden.

Neben soziodemographischen Kennzeichen werden vor allem Merkmale erhoben, die im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung relevant sind sowie als vermittlungsrelevante Merkmale erwerbsstatistische Informationen liefern.

2.2.1 Erhebungseinheiten

Im Rahmen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden je nach Betrachtungsebene zwei Arten von Erhebungseinheiten bzw. Merkmalsträgern unterschieden: zum einen die Personen, die im Rechtskreis des SGB II erfasst werden, zum anderen die Bedarfsgemeinschaften, die diese Personen bilden. Weiterhin werden für sozialstatistische Zwecke auch Personen erfasst, die nicht zu den Leistungsempfängern des SGB II gehören, aber mit einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben.

Auf der Ebene der **Personen** werden zunächst alle Berechtigten, die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende beanspruchen können, erfasst. Sie werden unterschieden in erwerbsfähige Hilfebedürftige (§ 7 Abs. 1 SGB II) und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (§ 7 Abs. 2 und Abs. 3 SGB II). Generell gilt eine Person dann als hilfebedürftig nach § 9 SGB II, wenn sie den eigenen Lebensunterhalt und den der mit ihr in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht aus eigenen Mitteln, insbesondere nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder aus Einkommen und Vermögen sichern kann.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige sind Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind. Die Erwerbsfähigkeit hängt neben dem Alter auch von der individuellen gesundheitlichen Leistungsfähigkeit und dem Fehlen rechtlicher Einschränkungen ab. Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen in der Lage sein, mindestens 3 Stunden täglich unter der üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig zu sein (§ 8 SGB II).

In die Gruppe der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen fallen vorrangig Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren, Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und Personen, die aus rechtlichen oder gesundheitlichen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, aber mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Zur **Bedarfsgemeinschaft** gehören grundsätzlich alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Ehegatten/Partnern sowie unverheiratete Kinder, „wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Le-

bensunterhaltes nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können“ (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II). Die Bedarfsgemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass bei allen Mitgliedern der wechselseitige Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, angenommen werden kann (§ 7 Abs. 3a SGB II); von jedem Mitglied kann erwartet werden, dass es sein individuelles Einkommen und Vermögen zur Deckung des Bedarfs aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft einsetzt.

Unverheiratete Kinder unter 25 Jahren in Familien werden im rechtlichen Sinn nur dann als Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft bezeichnet, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen aufbringen können. Auch wenn sie ihn aufbringen können, werden sie trotzdem aufgrund des besonderen statistischen Interesses (sozialstatistische Erwägungen) als Personen in Bedarfsgemeinschaften mit betrachtet.

2.2.2 Messgrößen und Kennzahlen

Ein Element der Grundsicherungsstatistik sind Auswertungen zu **Beständen** sowie **Zugängen** und **Abgängen** (Bewegungen) von Bedarfsgemeinschaften bzw. Personen. Für den Zusammenhang zwischen Beständen und Bewegungen gilt dabei jeweils ein sogenanntes **Stock-Flow-Modell**. Dabei bilden Zugänge, Bestände und Abgänge konsistente Messgrößen, die im zeitlichen Verlauf der Beziehung folgen:

$$\text{Bestand neu} = \text{Bestand alt} + \text{Zugänge} - \text{Abgänge}$$

Diese Beziehung gilt stets exakt für das gesamte Bundesgebiet, und zwar für alle Bestände und eventuell betrachteten Teilbestände der Bedarfsgemeinschaften und der relevanten Personen. Für die einzelnen Gebietseinheiten gilt sie nur näherungsweise, da Umzüge zwischen den Gebieten nicht als Zugänge in und Abgänge aus Leistungsbezug gemäß SGB II gezählt werden.

Nach Ablauf des Bewilligungszeitraums eines Antrags auf Arbeitslosengeld II erfolgt bei weiter bestehender Hilfebedürftigkeit eine Weiterbewilligung. Dieser Vorgang der erneuten Bewilligung wird nicht als Abgang oder Zugang gewertet. Zusammenhängende Zeiträume werden zusammengefasst und als kontinuierlicher Zeitraum betrachtet.

Aufbauend auf der Ermittlung von Bewegungen werden **Verweildauern** bezogen auf Abgänge und Bestände im SGB II ermittelt. Die differenzierte Dauerermittlung im statistischen System der Bundesagentur für Arbeit erlaubt auch die Darstellung des nach einem bestimmten Zeitraum noch verbliebenen Anteils bestimmter Zugangskohorten, womit die vielfach beschriebenen Probleme der verzerrten Information von Dauerkennzahlen überwunden werden können.

Die Zahl der Hilfebedürftigen lässt sich in Bezug setzen zur Zahl der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (z.B. nach Region, Alter, Geschlecht oder Nationalität). Dies entspricht konzeptionell der Fortführung der früheren Sozialhilfequoten nach Bevölkerungsgruppen. Die Quoten werden als gruppenspezifische **SGB-II-Quoten** bezeichnet. Sie liegen für alle Bevölkerungsgruppen höher als die früheren Sozialhilfequoten, da auch

die früheren Arbeitslosenhilfeempfänger und ihre Angehörigen einbezogen werden.

Eine weitere Gruppe von Messgrößen umfasst die **Höhe der Leistungsansprüche**, die **Höhe der Bedarfe**, die **Höhe der anrechenbaren und angerechneten Einkommen** sowie die **Höhe der Sanktionen**. Sie werden differenziert für Bedarfsgemeinschaften und Personen ermittelt sowie für Teilgruppen der Bedarfsgemeinschaften und Personen, beispielsweise für diejenigen, die tatsächlich Leistungen beziehen oder anrechenbare Einkommen haben.

2.2.3 Merkmale und Gliederungsdimensionen für Personen

In der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden für die beiden Arten von Erhebungseinheiten – Bedarfsgemeinschaften und Personen – unterschiedliche Merkmale ausgewiesen. Beiden gemeinsam ist die Auswertbarkeit nach tief gegliederten regionalen Systematiken, die bis auf Gemeindeebene, Ebene des SGB II-Trägers oder Geschäftsstellenebene der Bundesagentur für Arbeit reichen.

Zu Personen in Bedarfsgemeinschaften werden Auswertungen nach folgenden soziodemographischen Merkmalen vorgenommen:

| | |
|---|---|
| • Geschlecht | Männlich, weiblich |
| • Alter | Alter der Person am Zähltag |
| • Staatsangehörigkeit | Nationalitäten nach dem amtlichen Schlüssel des Statistischen Bundesamtes |
| • Familienstand | Ledig, verheiratet, eheähnliche Gemeinschaft, eingetragene Lebenspartnerschaft, getrennt lebend, geschieden, verwitwet |
| • Rolle einer Person in der Bedarfsgemeinschaft | Bevollmächtigter erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, Partner des Bevollmächtigten, minderjähriges unverheiratetes Kind, Elternteil eines minderjährigen unverheirateten Kindes, Partner des Elternteils eines minderjährigen unverheirateten Kindes, volljähriges unverheiratetes Kind unter 25 Jahren |
| • Familienstand aus der zentralen Personendatenverwaltung der BA (ZPDV) | Alleinlebend, nicht verheiratet, alleinerziehend, verheiratet, keine Angabe |
| • Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft (BG-Typ) | Single-BG, Alleinerziehende-BG, Partner-BG ohne Kinder, Partner-BG mit Kindern, Sonstige |

Darüber hinaus werden Personenmerkmale ausgewertet, die im Zusammenhang mit

der Erwerbsfähigkeit sowie der Arbeitssuche von besonderer Bedeutung sind:

| | |
|--|--|
| • Erwerbsfähigkeit | Erwerbsfähig, nicht erwerbsfähig |
| • Höchster Berufsabschluss | Ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung, Berufsfachschule, Fachschule, Fachhochschule, Universität |
| • Höchster Schulabschluss | Kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss, Mittlere Reife, Fachhochschulreife, Abitur |
| • Berufsrückkehrer | Berufsrückkehrer gem. § 20 SGB III |
| • Schwerbehinderung | Personen, die schwerbehindert oder gleichgestellt im Sinne des SchwBG sind |
| • Gesundheitliche Einschränkungen | Personen, die vermittlungsrelevante gesundheitliche Einschränkungen aufweisen |
| • Personengruppen, denen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht zugemutet werden kann | Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 3 Jahren, Personen, die Angehörige pflegen, Erwerbsgeminderte, Personen nach §65 Abs.4 SGB II, Personen in Ausbildung, Personen mit Einstellungsusage |
| • Kundenstatus Arbeitsvermittlung | Arbeitslos, nicht arbeitslos arbeitssuchend, ratsuchend, Status nicht gesetzt |
| • Dauer der Arbeitslosigkeit / Arbeitssuche | Zeitdauer seit der Arbeitslosmeldung / Arbeitssuchendmeldung |

Die Höhe der Leistungsansprüche einer Bedarfsgemeinschaft richtet sich nach dem Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft, der sich aus der Summe der individuellen Bedarfe der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft ergibt. Die Leistungsansprüche ergeben sich dann aus dem Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft abzüglich anrechenbarer Einkommen.

Die Hilfebedürftigkeit und die daraus folgende Leistungsgewährung werden im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende in der Regel für den gesamten Kalendermonat festgestellt. Ansprüche werden danach meist für einen längeren Bewilligungszeitraum (meist 6 Monate) zugesprochen.

Der Bedarf für hilfebedürftige Personen wird anhand der einzelnen Leistungsarten ermittelt. Nach Abzug von Einkommen und Vermögen ergibt sich der individuelle Leistungsanspruch. Dieser wird nach Art und Höhe der Leistung folgendermaßen ausgewiesen.

| | |
|----------------|---|
| • Leistungsart | <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosengeld II – Regelleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige (§ 20 SGB II) • Sozialgeld – Regelleistung für nicht er- |
|----------------|---|



werbsfähige Hilfebedürftige (§ 28 SGB II)

- Laufende Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II)
- Einmalige Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 (3) und (5) SGB II)
- Befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld (§ 24 SGB II)
- Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt (§ 21 SGB II)
- Abweichend erbrachte Leistungen (§ 23 SGB II)
- Zuschuss zu Sozialversicherungsbeiträgen (§ 26 SGB II)
- Beiträge zu Sozialversicherungen

Die Leistungsarten werden entsprechend den gesetzlichen Regelungen weiter unterteilt. Bei den Leistungen bildet die Höhe der Leistungen nach Leistungsklassen eine weitere Gliederungsdimension.

Anrechenbare Einkommen werden untergliedert nach Merkmalen wie Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Selbständigkeit, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Unterhalt, Versicherungsleistungen usw.

Beim Ausweis von Zugängen und Abgängen wird darüber hinaus dargestellt, inwieweit schon früher Leistungsbezug nach dem SGB II vorlag bzw. später wieder erfolgt. Entsprechend gibt es zu diesen statistischen Messungen die folgenden Merkmale:

- | | |
|---------------------------------------|---|
| • Vorbezug von SGB-II-Leistungen | Zeitspanne seit dem letzten Bezug von SGB-II-Leistungen: Bei gleichem Träger, bei anderem Träger, in gleicher Bedarfsgemeinschaft, in einer anderen Bedarfsgemeinschaft, kein Vorbezug von SGB-II-Leistungen |
| • Folgeanspruch auf SGB-II-Leistungen | Zeitspanne bis zum Beginn eines eventuell folgenden Anspruchs auf SGB-II-Leistungen: Bei gleichem Träger, bei anderem Träger, in gleicher Bedarfsgemeinschaft, in einer anderen Bedarfsgemeinschaft, kein Folgeanspruch |

Die Leistungen für Personen werden teilweise durch Sanktionen gemäß §§ 31 und 32 SGB II gemindert. Ermittelt werden die am Zähltag wirksamen Sanktionen für eine

Person mit folgenden zusätzlichen Merkmalen:

| | |
|--|---|
| • Sanktionsgrund | Informationen über den Sanktionsgrund der bei einer Person wirksamen ersten (zweiten, dritten, vierten, fünften) Sanktion; die Reihenfolge der Sanktionen erfolgt nach dem zeitlichen Ablauf der Sanktionen |
| • Höhe der Leistungskürzung durch Sanktionen | Höhe des Kürzungssatzes der ersten (zweiten, dritten, vierten, fünften) Sanktion |
| • Wiederholte Pflichtverletzung | Informationen darüber, ob es sich bei der jeweils 1. bis 5. Sanktion um eine wiederholte Pflichtverletzung nach § 31 SGB II handelt (Ja/ Nein) |
| • Weitergehende Kürzung von Leistungen | Gibt Aufschluss über die Folgen einer wiederholten Pflichtverletzung in Bezug auf Kürzungen über die reine Regelleistung hinaus |

Sanktionen sind bis zur jeweils fünften gleichzeitig verhängten Sanktion detailliert auswertbar. Wenn darüber hinaus zeitgleich weitere Sanktionen wirksam sind, können diese nur noch gezählt werden, aber nicht mehr nach Gründen differenziert ausgewiesen werden.

Die Beschreibung des Zusammenhangs zwischen den Rechtskreisen SGB III und SGB II wird durch folgende Merkmale ermöglicht:

| | |
|--|--|
| • Vorheriger bzw. gleichzeitiger Bezug von Arbeitslosengeld nach SGB III | Gleichzeitiger Bezug (Doppelbezug) bzw. vorheriger Bezug (Vorbezug) von Arbeitslosengeld nach SGB III zum Zeitpunkt des Anspruchsbeginns auf SGB-II-Leistungen |
| • Beendigungsgrund des Bezugs von Arbeitslosengeld | Gründe der Beendigung eines vorherigen Bezugs von Arbeitslosengeld nach SGB III |
| • Anschließender Bezug von Arbeitslosengeld nach SGB III | Gleichzeitiger (Doppelbezug) bzw. anschließender Bezug von Arbeitslosengeld nach SGB III zum Zeitpunkt des Anspruchsendes auf SGB-II-Leistungen |
| • Parallelbezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II | Gleichzeitiger Bezug von Arbeitslosengeld nach SGB III und SGB-II-Leistungen während des Berichtsmonats (Parallelbezug, kurzfristige Überlappung der Leistungen, kein Parallelbezug) |
| • Erleichterter Leistungsbezug | Gleichzeitiger oder vorheriger Bezug von Arbeitslosengeld unter den erleichterten Voraussetzungen nach § 428 SGB III |

Zukünftig soll die Dauer des Leistungsbezugs als Gliederungsmerkmal für Bestände und Abgänge zur Verfügung gestellt werden.

2.2.4 Merkmale und Gliederungsdimensionen für Bedarfsgemeinschaften

Bedarfsgemeinschaften lassen sich grundsätzlich nach den gleichen Merkmalen gliedern, die für die Personen in den Bedarfsgemeinschaften feststellbar sind. Dabei sind zwei verschiedene Merkmalstypen zu unterscheiden:

- Merkmale, die sich auf Personeneigenschaften beziehen und somit Aussagen über die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft machen, z.B. Anzahl von Kindern in der Bedarfsgemeinschaft
- Merkmale, die sich direkt auf Eigenschaften der Bedarfsgemeinschaft oder der Wohnung der Bedarfsgemeinschaft beziehen

Beispielsweise lassen sich Bedarfsgemeinschaften nach ihrer Zusammensetzung differenzieren:

| | |
|--|--|
| • Anzahl Personen | Anzahl der Personen in einer Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger | Anzahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in der Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl bevollmächtigter erwerbsfähiger Hilfebedürftiger | Anzahl bevollmächtigter erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in der Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger | Anzahl nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in der Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl minderjähriger, unverheirateter Kinder | Anzahl minderjähriger, unverheirateter Kinder in der Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl Personen nach Alter gegliedert | Anzahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft nach Altersstrukturen |
| • Anzahl Personen mit Leistungsbezug / ohne Leistungsbezug | Anzahl Personen mit oder ohne individuellen Leistungsbezug in der Bedarfsgemeinschaft |
| • Anzahl Personen mit Sanktionen | Anzahl in einer Bedarfsgemeinschaft gleichzeitig sanktionierter Personen |
| • Anzahl Sanktionen pro Bedarfsgemeinschaft | Anzahl in einer Bedarfsgemeinschaft gleichzeitig wirksamer Sanktionen aller Personen der Bedarfsgemeinschaft |

Es kann auch die Unterkunft der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft beschrieben werden.

| | |
|------------------------------|--|
| • Unterkunftsart | Mietwohnung, Eigenheim, Wohnraum der nach Tagessätzen bezahlt wird |
| • Wohnungsgröße | Zur Verfügung stehende Wohnungsgröße in qm |
| • Anzahl Zimmer | Anzahl der bewohnten Zimmer |
| • Anzahl Küchen | Anzahl der zur Verfügung stehenden Küchen |
| • Anzahl Bäder | Anzahl der zur Verfügung stehenden Bäder |
| • Anzahl Haushaltsmitglieder | Anzahl der Mitglieder in der Haushaltsgemeinschaft |

2.3 Hauptnutzer der Statistik

Zu den Hauptnutzern der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II zählen die Träger der Grundsicherung, die Bundesagentur für Arbeit, die Arbeitsagenturen, die zuständigen Bundes- und Landesministerien, Kommunen und andere Verwaltungen, Politik, Verbände, Forschungsinstitute, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien sowie die kommunalen statistischen Ämter, statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt.

3 Erhebungsmethode

3.1 Art der Datengewinnung

Die Daten werden als Vollerhebung aus den anfallenden administrativen Geschäftsdaten gewonnen. Basis sind die zum Zweck der Leistungsgewährung bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfassten Daten über Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder, die auf den Angaben der Antragsteller beruhen.

3.2 Erhebungsinstrumente und Berichtsweg

Im SGB II ist zunächst festgelegt, dass Träger der Leistungen nach dem SGB II sowohl die Bundesagentur für Arbeit als auch die kreisfreien Städte und Landkreise (kommunale Träger) sein können.

Grundsätzlich sollen die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger die Aufgaben gemeinsam in sog. **Arbeitsgemeinschaften** (ARGE, § 44b SGB II) wahrnehmen. Daneben besteht aber auch für 69 kommunale Träger die Möglichkeit, alle Aufgaben eigenverantwortlich zu übernehmen. Es handelt sich dabei um die **zugelassenen kommunalen Träger** nach der Experimentierklausel § 6a SGB II. Kommt es in Regionen weder zu einer Zusammenarbeit in Form der ARGE noch zu einer alleinigen Wahrnehmung durch einen zugelassenen kommunalen Träger, werden nach § 6 SGB II die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit von der lokalen Agentur für Arbeit und die kommunalen Aufgaben vom kommunalen Träger erfüllt. In dieser Konstellation liegt eine Aufteilung der Zuständigkeiten vor. Der jeweilige Trägerteil ist nur für die Erfassung und Lieferung der Daten verantwortlich, die in seinen Zuständig-

keitsbereich fallen. So übernimmt die Kommune die Gewährung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II) sowie die abweichend zu erbringenden Leistungen (§ 23 Abs. 3 SGB II) und die flankierenden Leistungen nach §16a SGB II. Regelleistungen, Sozialversicherungsbeiträge und Eingliederungsleistungen – Eingliederungsleistungen des SGB III und SGB-II-spezifische Leistungen ohne die oben genannten flankierenden Leistungen – werden von der Bundesagentur für Arbeit erbracht. In diesen Fällen bezeichnet man die beteiligte Agentur für Arbeit als **Agentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung**.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 (2 BvR 2433/04 und 2 BvR 2434/04 BVerfG) ist die Trägerform der Arbeitsgemeinschaften unvereinbar mit dem Grundgesetz. Der Gesetzgeber muss bis zum 31. Dezember 2010 eine neue Regelung treffen, bis dahin bleibt die Vorschrift jedoch anwendbar.

Alle Träger der Grundsicherung sind gem. § 51b SGB II gesetzlich dazu verpflichtet, die sich bei der Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ergebenden Daten laufend zu erheben. Diese Geschäftsdaten der ARGE n bzw. der Arbeitsagenturen in getrennter Aufgabenwahrnehmung werden der Statistik der Bundesagentur für Arbeit aus den Geschäftsprozessen zentral übermittelt. Die zugelassenen kommunalen Träger und die kommunalen Träger mit getrennter Aufgabenwahrnehmung übermitteln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gemäß § 51b SGB II die erforderlichen Einzeldaten.

In der Umstellungsphase der Leistungen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf die neuen Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bestand unabhängig von der tatsächlich gewählten Trägerform die Möglichkeit, dass die Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit die ehemaligen Empfänger von Arbeitslosenhilfe und die kommunalen Träger die ehemaligen Sozialhilfeempfänger auf die Grundsicherungsleistungen umstellen. Sofern diese Umstellung auf kommunaler Seite bei geplanten Arbeitsgemeinschaften bzw. bei geplanter getrennter Aufgabenwahrnehmung nicht über die Datenverarbeitungssysteme der Bundesagentur für Arbeit erfolgte, bestand übergangsweise eine zusätzliche Lieferverpflichtung dieser kommunalen Träger.

Bei den zugelassenen kommunalen Trägern entspricht der Datenstand der verwendeten Verwaltungsdaten in der Regel dem jeweiligen Zähltag. Bei den Leistungsdaten für die ARGE n und Arbeitsagenturen in getrennter Aufgabenwahrnehmung ist der Datenstand aus übermittlungstechnischen Gründen in der Regel der letzte Freitag vor dem Zähltag.

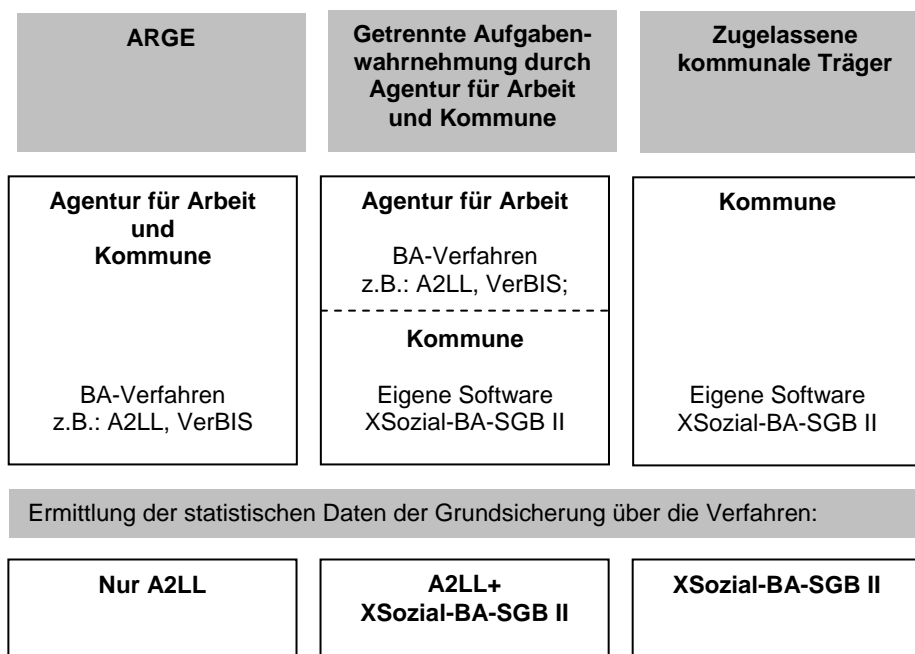
Als Erhebungsinstrumente der Grundsicherungsstatistik dienen die Geschäftsverfahren der SGB-II-Träger zur Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Je nach Trägerart (ARGE, getrennte Aufgabenwahrnehmung durch Arbeitsagentur und Kommune, zugelassene kommunale Träger) erfolgt die Erfassung der statistisch relevanten Daten auf unterschiedlichen Wegen. Grundlage für die Erstellung der

Grundsicherungsstatistik ist zum einen das administrative IT-Fachverfahren der Bundesagentur zur Leistungsgewährung im Rahmen der Grundsicherung A2LL (Arbeitslosengeld II Leistung zum Lebensunterhalt), das in allen ARGEn sowie von den beteiligten Arbeitsagenturen bei getrennter Aufgabenwahrnehmung eingesetzt wird. Ergänzt wird dieses Datenmaterial bei diesen beiden Trägerarten durch statistische Daten des Vermittlungssystems der Bundesagentur für Arbeit VerBIS (Internes Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem), sowie weiterer Fachverfahren wie CO-SACH (Computerunterstützung für die Sachbearbeitung in der Arbeitsvermittlung), zPDV (zentrale Personendatenverwaltung) oder COLIBRI (Computerunterstütztes Leistungsberechnungs- und Informationssystem).

Zum anderen übermitteln die kommunalen Träger bei getrennter Aufgabenwahrnehmung und die zugelassenen kommunalen Träger einzelfallbezogene Daten aus ihren Geschäftsverfahren an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Datenübermittlung erfolgt über ein XML-Verfahren nach dem Datenaustauschstandard XSozial-BA-SGB II, der zwischen der Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt ist. Eine Beschreibung der Schnittstelle sowie weitere Informationen (Datensatzbeschreibung, XML-Schema, Arbeitshilfen) sind im Internet unter <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000200/html/sgb2/index.shtml> zu finden. Die Version 2.6.0 des Standards trat im Oktober 2009 in Kraft. Die folgende Graphik zeigt die aktuelle Situation der Datengewinnung nach Trägerart:

Abbildung 1: Datengewinnung und eingesetzte Verfahren nach Trägerart



Das mehrgliedrige Trägersystem macht es erforderlich, die Daten aus den operativen IT-Verfahren der Bundesagentur für Arbeit mit Informationen der anderen Träger so zusammenzuführen, dass eine zuverlässige, konsistente und zeitnahe Berichterstattung sichergestellt werden kann. Die Daten werden dazu bei der Statistik der Bundes-

agentur für Arbeit in zentralen IT-Verfahren (statistisches Data Warehouse, DWH) aufbereitet.

3.3 Dokumentation des Fragebogens

Die Anträge auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, wie sie von ARGE n und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung verwendet werden, sind im Internet verfügbar unter

http://www.arbeitsagentur.de/nn_26642/zentraler-Content/Vordrucke/A07-Geldleistung/Allgemein/Formulare-Arbeitslosengeld-II.html

Zugelassene kommunale Träger und kommunale Träger in getrennter Aufgabenwahrnehmung verwenden eigene Antragsformulare.

4 Genauigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Die Daten über die Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende basieren auf Geschäftsdaten aus den operativen IT-Verfahren, die zur Berechnung und Auszahlung der Leistungen genutzt werden. Die Genauigkeit wird durch die Qualitätsstandards der fachlichen Aufgabenerledigung definiert. Die Gültigkeit der anspruchsrelevanten Grunddaten kann daher grundsätzlich unterstellt werden. Gleichwohl ließen sich gerade in der Anfangsphase der neu eingeführten Grundsicherungsleistungen Fehlerquellen sowohl in den operativen Bearbeitungsprozessen als auch in den Transformationsprozessen der Geschäftsdaten hin zu statistischen Daten nicht ausschließen.

Vollständige Informationen liegen auf Aggregatebene (Bund, West, Ost, Länder) nur dann vor, wenn die Daten der verschiedenen Quellen zusammengeführt werden können. Das ist für Eckwerte, also für die Bestände der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie der Hilfebedürftigen insgesamt, durchweg der Fall. Bei tiefer gegliederten Merkmalen und bei besonderen Messkonzepten können trägerbezogene Untererfassungen vorliegen, da Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind.

4.1.1 Vollständigkeit der Erfassung im Hinblick auf die administrative Fallbearbeitung

Durch die in der Grundsicherungsstatistik vorliegende Vollerhebung auf der Basis von Geschäftsdaten ist die Vollständigkeit in der Regel grundsätzlich gewährleistet. Allerdings ist hierbei eine gewisse Wartezeit zu beachten. Für einen Teil der Fälle können von den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Leistungen erst nach dem Zeitraum bewilligt werden, für den die Hilfebedürftigen einen Anspruch haben. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn zu spät eingereichte Antragsunterlagen oder eine zeitintensive Klärung zu einer nachträglichen Bewilligung führen. Andererseits kann eine Überprüfung grundlegender Sachverhalte zu einer nachträglichen Aufhebung von Leistungen führen. Diese Fälle können bei der statistischen Auswertung der

Geschäftsdaten ohne Wartezeit noch nicht entsprechend berücksichtigt werden. Nach einer gewissen Wartezeit führt eine erneute statistische Auswertung dann zu einem korrigierten Bild auf einer sichereren Grundlage. Bei Ergebnissen ohne Wartezeit handelt es sich deshalb generell um vorläufige Daten mit einem gewissen Untererfassungsgrad. Derzeit beträgt dieser Grad der Untererfassung für Eckwerte (Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen und der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen) zwischen den Datenbeständen ohne Wartezeit und nach einer Wartezeit von drei Monaten durchschnittlich auf Bundesebene ca. 4 % mit trägerbezogen deutlich größeren Abweichungen.

4.1.2 Vollständigkeit der Erfassung im Hinblick auf Datenlieferungen

Neben der zeitlich bedingten Unvollständigkeit der Daten ohne Wartezeit führen technisch nicht verwertbare oder als nicht plausibel eingestufte Meldungen kommunaler Träger, die Daten über die Datenschnittstelle XSozial-BA-SGB II liefern, in Einzelfällen zu regional unvollständigen Daten. Den kommunalen Trägern steht ein Meldezeitraum von i. d. R. zwei Werktagen nach dem statistischen Zähltermin zur Verfügung. Technische oder organisatorische Probleme vor Ort können zu ausfallenden oder unvollständigen Datenlieferungen führen, so dass für betroffene Trägergebiete für den jeweiligen Berichtsmonat keine Datengrundlage vorhanden ist.

Während des Jahres 2005 war die Datenlage für einzelne Träger zum Teil noch unzureichend, weil die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Übergang der Betreuung der Hilfebedürftigen in neue Zuständigkeiten bei den beteiligten Trägern der Grundsicherung Zeit beanspruchte. Dabei kam es regional zeitweilig zu Situationen, in denen nicht alle Geschäftsdaten für statistische Auswertungen zur Verfügung gestellt werden konnten. Dies betraf insbesondere kommunale Träger, die bis dato nicht alle bestandswirksamen Fälle in ihrem Leistungsgewährungsverfahren in einer einheitlichen, die notwendigen Plausibilitätskriterien erfüllenden Form erfassten und pflegten. Daher konnte die Meldung über XSozial-BA-SGB II aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen nicht fehlerfrei stattfinden. Darüber hinaus liegen für eine im Laufe des Jahres 2005 gegründete ARGE oder eine bestehende Arbeitsagentur in getrennter Aufgabenwahrnehmung erst ab dem Zeitpunkt uneingeschränkt auswertbare Datenbestände vor, ab dem alle Geschäftsdaten vollzählig und vollständig erfasst sind. Seit Januar 2007 liegen grundsätzlich vollständige Datenbestände vor.

Im Fall von unplausiblen oder ausgefallenen Daten werden für die Eckwerte (Anzahlen der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie der Hilfebedürftigen insgesamt) Fortschreibungswerte auf Träger- und Kreisebene bestimmt. Um diese Lücken zu schließen, die sich gerade in der Anfangszeit aus der Unvollzähligkeit der Verwaltungsdaten ergaben, hat die Statistik der BA ein Schätzverfahren entwickelt. Die Zahl der hilfebedürftigen Arbeitsuchenden nach dem SGB II wurde für die betroffenen Regionen aus bisherigen Informationen über den Bezug von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unter gleich-



zeitiger Verwendung der vorliegenden statistischen Ergebnisse zum SGB II für die übrigen Regionen geschätzt. Mit diesem Verfahren konnten dann auch statistische Aussagen für Bundesländer und Deutschland insgesamt gemacht werden, die einer vollzähligen Datenbasis entsprechen.

Ab Januar 2007 wurde ein neues Fortschreibungsverfahren eingeführt, mit dem Ziel, durch eine adäquate Plausibilisierung und realitätsnahe Fortschreibungswerte auch im Fall von Datenausfällen lückenfreie und konsistente Zeitreihen zu erhalten. Das Verfahren stützt sich auf eine Typisierung der Träger der Grundsicherung nach geographischen Merkmalen und Bedingungen regionaler Arbeitsmärkte durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB: http://doku.iab.de/grauepap/2006/Fachliche_Dokumentation.pdf). Auf Basis der Träger mit vollzähliger Datenerfassung wird für jeden dieser sogenannten „SGB-II-Typen“ monatlich ein gewichteter Fortschreibungsfaktor ermittelt, anhand dessen bei Bedarf Fortschreibungswerte für unplausible oder ausgefallene Daten von Trägern des jeweiligen Typs berechnet werden können.

4.1.3 Einschränkungen auf der Ebene wichtiger Merkmale

Eine Reihe wichtiger Informationen, z. B. das anrechenbare Einkommen, Freibeträge und Leistungsansprüche, sind nicht persistent in den Geschäftsverfahren hinterlegt. Diese werden daher für die statistische Aufbereitung anhand der zugrunde liegenden Berechnungslogik nachgebildet. Dabei kann es zu geringfügigen Informationsverlusten aufgrund von Vereinfachungen kommen.

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende folgt einem Stichtagskonzept, bei dem immer ein Zustand zu einem definierten Zähltag berichtet wird (vgl. Abschnitt 1.1). Dies ist zu unterscheiden vom Kalendermonat, der sich vom Ersten bis zum Letzten eines Monats erstreckt. So ist zum Beispiel bei Auswertungen der Statistik nach der Höhe der gewährten Leistungen eines Monats zu beachten, dass die statistische Zahl der Leistungshöhe nicht der kameralistischen Buchungssumme entspricht. Das statistische Merkmal der Leistungshöhe beschreibt für den betrachteten Monatsmonat Anspruch und Zahlungen an Bedarfsgemeinschaften und deren Personen, die zum statistischen Zähltag als bestandsrelevant gewertet werden. Die Ansprüche und Zahlungen werden also den entsprechenden Bewilligungsmonaten zugeordnet und nicht dem Zeitpunkt der Auszahlung. Somit steht der Anzahl von Personen und Bedarfsgemeinschaften in einem Zeitraum die entsprechend für diesen Zeitraum bewilligte Summe an Leistungen gegenüber. Da im Bereich des SGB II Hilfebedürftigkeit in der Regel für den Zeitraum eines Kalendermonats festgestellt wird, ist die denkbare Untererfassung von Bedarfsgemeinschaften, die zum Zähltag nicht im Bestand gezählt werden, aber Leistungen im selben Kalendermonat erhalten, sehr gering.

Bei Trägerschaft in getrennter Aufgabenwahrnehmung durch Arbeitsagentur und Kommune in 23 Landkreisen stehen bisher keine statistisch verwertbaren Informatio-



nen über die kommunalen Leistungen zur Verfügung. Daraus ergibt sich für Ergebnisse zu Leistungen für Unterkunft und Heizung auf Länder- und Bundesebene eine gewisse Ungenauigkeit, da die Ergebnisse entsprechend hochgerechnet werden müssen.

Die Ergebnisse zu Hilfequoten, die den Anteil von hilfebedürftigen Personen einer Bevölkerungsgruppe an allen Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe angeben, weisen für die Bevölkerungsgruppe der Kinder von Migranten in einigen Trägern des SGB II Ungenauigkeiten auf. Durch eine Änderung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000, das Kindern nichtdeutscher Eltern einen erleichterten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit ermöglicht, ist die Anzahl nichtdeutscher Kinder, die als Nenner in oben genannte Hilfequote einfließt, in vielen Trägern des SGB II stark zurückgegangen. Die Anzahl hilfebedürftiger nichtdeutscher Kinder (Zähler der Hilfequote) ist nicht immer in gleichem Maße zurückgegangen, da sich die Erfassung der Staatsangehörigkeit der Hilfebedürftigen in einzelnen Trägern des SGB II stärker am Migrationshintergrund der Personen als an deren rechtlichen Status orientiert. Bei der Berechnung der Hilfequoten kann es nun vorkommen, dass Ergebnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zueinander in Bezug gesetzt werden und vereinzelt Hilfequoten von über 100 % auftreten.

4.2 Revisionen

4.2.1 Revisionsbedarf zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen

Aufgrund des in Abschnitt 4.1.1 dargestellten Revisionsbedarfs der Ergebnisse ohne Wartezeit werden die Statistikdaten nach einer Wartezeit von drei Monaten nochmals aus den Geschäftsdaten erhoben und dann festgeschrieben. Der damit verbundene Revisionsumfang zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen liegt zurzeit für die Eckwerte – die Anzahlen der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Hilfebedürftigen insgesamt – bei ca. 4 % auf Bundesebene. Auf Bundesländerebene liegt der Revisionsumfang durchschnittlich zwischen 3 % und 7 %.

Dieser Revisionsumfang wird bereits vor Ablauf der dreimonatigen Wartezeit durch ein Hochrechnungsverfahren für jedes Bundesland und jeden Eckwert geschätzt. Dies geschieht unmittelbar bei Vorliegen der vorläufigen Eckwerte. Die Summe aus vorläufigen Eckwerten und geschätztem Revisionsumfang weicht von den endgültigen Eckwerten auf Bundesebene nur noch um durchschnittlich 0,3 %, auf Länderebene um 0,4 % bis 0,5 % ab.

4.2.2 Revisionsbedarf aufgrund konzeptioneller Anpassungen

Es kann erforderlich werden, die methodischen Grundlagen von Auszählungen und/oder Berechnungen zu präzisieren. Dann werden möglicherweise nicht nur die folgenden Ergebnisse der statistischen Berichterstattung auf der neuen Grundlage

ermittelt, sondern auch rückwirkend bereits veröffentlichte Ergebnisse neu berechnet. Auf Revisionen dieser Art wird jedoch in den Veröffentlichungen ausdrücklich hingewiesen.

5 Aktualität und Pünktlichkeit

Die vorläufigen Ergebnisse zentraler Eckwerte der Grundsicherungsstatistik, d. h. die Ergebnisse ohne Wartezeit, werden für jeden Berichtsmonat am Ende des entsprechenden Kalendermonats zum Zeitpunkt der Pressekonferenz der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Beispielsweise werden die Veröffentlichungen für den Berichtsmonat September 2009 am 30.09.2009 bereitgestellt. Die dazugehörigen Veröffentlichungstermine finden sich im Internet unter <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/service/kalender.shtml>.

Die endgültigen Ergebnisse, d. h. die Ergebnisse mit dreimonatiger Wartezeit, werden für jeden Berichtsmonat in der Mitte des vierten folgenden Kalendermonats veröffentlicht. Beispielsweise werden die Veröffentlichungen für den Berichtsmonat Juni 2009 in der Mitte des Kalendermonats Oktober 2009 bereitgestellt.

6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

Grundsätzlich liegen Ergebnisse für die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab dem Zeitpunkt der Einführung des SGB II im Januar 2005 vor. Allerdings sind die Ergebnisse der ersten Monate aufgrund der organisatorischen Neustrukturierung nur von eingeschränkter Aussagekraft. Seit Januar 2007 sind die Ergebnisse der Grundsicherungsstatistik zeitlich und räumlich vergleichbar.

Die Erfassung der Daten für die Grundsicherungsstatistik erfolgt in allen Regionen grundsätzlich nach den gleichen Kriterien und bezieht sich inhaltlich auf dieselben Themenfelder, so dass die Ergebnisse innerhalb von Deutschland regional miteinander vergleichbar sind. Auch für Kreise mit unvollständiger Datenlage liegen Eckwerte vor, da sie durch Hochrechnung und Fortschreibung vervollständigt werden. Durch regionale Unterschiede bei der Erfassung der Staatsangehörigkeit von Migrantenkinder sind Zahlen zu nichtdeutschen hilfebedürftigen Kindern regional nicht vollständig vergleichbar. Dies trifft insbesondere für darauf aufbauende Hilfequoten zu (vgl. Abschnitt 4.1.2).

Die zeitliche Vergleichbarkeit ist bei Statistiken, die sich inhaltlich auf gesetzliche Grundlagen beziehen, immer dann eingeschränkt, wenn sich die zugrundeliegenden Gesetze ändern. Folgende Gesetzesänderung führte beispielsweise zu einem vorübergehenden Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften: Seit Juli 2006 werden Hilfebedürftige bis zu einem Alter von 25 Jahren, die im Haushalt der Eltern leben, der elterlichen Bedarfsgemeinschaft zugeordnet und bilden nicht mehr wie vor-



her mit Vollendung des 18. Lebensjahres automatisch eine eigene Bedarfsgemeinschaft. Während sich die monatliche Veränderung der Anzahl der Hilfebedürftigen und der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften normalerweise nahezu deckungsgleich entwickelt, ging durch die Gesetzesänderung zwischen Juli und Dezember 2006 die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften stärker zurück als die Anzahl der Hilfebedürftigen. Solche gesetzesebedingte Veränderungen in der Datenlage sind bei zeitlichen Vergleichen zu berücksichtigen.

7 Bezüge zu anderen Erhebungen

7.1 Bezüge zu anderen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Grundsätzlich sind zwar in der Statistik der Grundsicherung Fälle aus der früheren Statistik über den Bezug für Arbeitslosenhilfe mit enthalten. Diese sind jedoch nicht mehr als Teilmenge identifizierbar, so dass eine aussagekräftige Fortsetzung der früheren Zeitreihen nicht möglich ist.

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezieht in ihre Datenaufbereitung Informationen aus weiteren Statistiken der Bundesagentur für Arbeit ein, nämlich aus der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden, aus der Leistungsstatistik zum SGB III sowie aus der Beschäftigungsstatistik. Vorbereitet werden Schnittmengenanalysen zur Förderstatistik und zur Statistik der Bewerber für Ausbildungsstellen.

Im Zusammenhang mit der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden ist zu unterscheiden zwischen „arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ und „Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II“ (siehe hierzu den Methodenbericht „Zur Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II“, im Internet abrufbar unter

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/methodenberichte/index.shtml>).

7.2 Bezüge zu Statistiken der Statistischen Ämter

Darüber hinaus führt die Statistik der Grundsicherung inhaltlich die frühere Statistik über den Bezug von Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) und über den Bezug von Wohngeld zum überwiegenden Teil weiter. Die entsprechenden Fälle sind jedoch ebenfalls nicht als Teilmenge identifizierbar, eine sinnvolle Fortsetzung der früheren Reihen ist daher auch hier nicht möglich. Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird ergänzt durch die Statistiken zum SGB XII, die vom Statistischen Bundesamt erstellt werden.

Das nach Einführung des SGB II zunächst angewandte Fortschreibungsverfahren, mit dem die Lücken für Trägergebiete geschlossen wurden, für die noch keine vollständigen Daten aus den Geschäftsverfahren vorlagen, basierte unter anderem auf der Sozialhilfestatistik des Statistischen Bundesamtes der Jahre vor 2005.



Neben regelmäßig erscheinenden Printmedien (Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA)) enthalten die **Internetseiten der Statistik** der Bundesagentur für Arbeit fachlich und regional tief gegliederte Ergebnisse: <http://statistik.arbeitsagentur.de>.

Eine prägnante Auflistung der statistischen Veröffentlichungen zum SGB II bietet das Dokument „Kurzinformation zu Fundstellen im Internet“ (oder direkt: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/sgb2/kurzinfo_quellen_sgbii.pdf).

Unter „Statistik nach Themen“ – „Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)“ – „Zu den Daten“ findet man ausführliche Tabellen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (oder direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html>). Folgende monatlichen Übersichten liefern umfassende Ergebnisse der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende:

- Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen
- Bedarfe, Leistungen und Einkommen (Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten)
- Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder (Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten und vorläufige Daten)
- Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II nach Kreisen (Eckwerte) (Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten und vorläufige Daten)
- Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II nach Ländern (Eckwerte) (Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten und vorläufige Daten)
- Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern (Beschäftigungstabellen nur in den Quartalsmonaten März, Juni, September und Dezember)
- Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften (Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten und vorläufige Daten)
- Kreisreport (Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten)
- Länderbericht SGB II
- Sanktionen (Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten)
- Wohn- und Kostensituation nach Kreisen: Bundesbericht (Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten)
- Wohn- und Kostensituation nach Kreisen: Monatsheft (Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten)
- Analytikreport – Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Ergänzt werden die monatlichen Ergebnisse durch Sonderberichte und Methodenberichte, insbesondere im Rahmen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind derzeit erhältlich:

Sonderberichte (zu finden unter „Analytik“ – „Statistische Sonderberichte“):

- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Bedarfe, Leistungen und Haus-

- haltsbudget
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Wohnsituation und Wohnkosten
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Bestand und Bewegung von Bedarfsgemeinschaften und Hilfebedürftigen 2005
- Leistungen zur Eingliederung an erwerbsfähige Hilfebedürftige: Einsatz von Arbeitsgelegenheiten 2005
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Geldleistungen an Bedarfsgemeinschaften im Juli 2005
- Grundsicherung für Arbeitsuchende: Entwicklung bis Juli 2005
- Der Übergang von der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitslose bis März 2005

Methodenberichte (zu finden unter „Grundlagen“ – „Methodenberichte“):

- Übergänge von Arbeitslosen und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Beschäftigung 2007/2008
- Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
- Übergänge von Arbeitslosen und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Beschäftigung - Häufig gestellte Fragen (FAQ) -
- Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Berechnung von Hilfequoten
- Übergänge von Arbeitslosen und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Beschäftigung 2006/2007
- Aktivierung im Rechtskreis SGB II
- Zur Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
- Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Berechnung von Bewegungskennziffern

Für spezielle Fragestellungen und Auswertungswünsche steht das **Datenzentrum der Statistik** der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung:

Statistik

Bundesagentur für Arbeit

D-90327 Nürnberg

Tel.: +49 911/ 179 - 3632

Fax: +49 911/ 179 - 1131

service-haus.statistik-datenzentrum@arbeitsagentur.de



Über folgenden Link erreicht man das Statistikangebot zur Erstellung von **SGB II – Kennzahlen für interregionale Vergleiche**:

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbi/index.shtml>

Dort stehen Tabellen und Karten für die Betrachtungsebenen der SGB-II-Trägergebiete sowie der Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung.

Im Rahmen des speziellen gesetzlichen Auftrags zur Versorgung von statistischen Ämtern mit Informationen aus der Grundsicherungsstatistik (§ 53 Abs. 4 ff. SGB II) wird den statistischen Ämtern seit April 2007 einmal pro Jahr ein **pseudonymisierter Statistikdatensatz** bereitgestellt. Einen Online-Zugriff auf Datenwürfel mit statistischen Informationen stehen den statistischen Ämtern seit Juli 2008 zur Verfügung. Dadurch wird ihnen ein direkter Zugang zu den Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht.

Methodische Hinweise und weiterführende Informationen zum Verfahren XSozial-BA-SGB II sind auf der Internetseite der Statistik der BA unter „Grundlagen“ - „Datenstandard XSozial-BA-SGB II“ abrufbar.